

# GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Personalräte und Frauenbeauftragten der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Auskunft erteilt: Doris Hülsmeier  
Telefon: 361 6332

-Rundschreiben Nr. 36 vom 9. Dezember 2009

---

„Annahme verweigert“

**Protestaktion am 16. Dezember 2009 um 9 Uhr gegen die  
Kürzungspolitik zu den Haushaltsberatungen 2010/2011 der  
Bremischen Bürgerschaft**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der kommenden Woche finden in der Bremischen Bürgerschaft die abschließenden Beratungen der Haushalte 2010/2011 statt. Für **Mittwoch, den 16. Dezember 2009 um 9 Uhr** haben daher die Interessenvertretungen im GPR-Arbeitskreis „Zukunftssicherung öffentlicher Dienstleistungen“ eine Protestaktion gegen die fortgesetzte Kürzungspolitik vorbereitet. Alle Bereiche sind eingeladen sich zu beteiligen.

Folgendes ist geplant: Am Mittwoch, den 16. Dezember 2009 um 8.30 Uhr treffen wir uns auf dem Marktplatz, direkt vor der Bremischen Bürgerschaft für die letzten Vorbereitungen.

Das Motto unserer Aktion lautet „**Annahme verweigert**“. Wir geben den Abgeordneten ihre „Geschenke“ der letzten Jahr(zehnt)e zurück, nämlich Personalkürzungen, Stellenabbau, Arbeitsverdichtung, prekäre Beschäftigung usw. und stapeln diese zurückgegebenen Geschenke bei der Bremischen Bürgerschaft auf.

Es wäre toll, wenn sich viele Interessenvertretungen beteiligen würden. Das ist ohne Aufwand möglich. Unsere Aktion wird nicht länger als bis zehn Uhr dauern.

Die Presse wird zu dieser Aktion eingeladen.

In der Anlage erhaltet ihr das Flugblatt, das wir an die Abgeordneten und Bürgerinnen und Bürger verteilen wollen.

Gleichzeitig weisen wir auf eine weitere Aktion anlässlich der Haushaltsberatungen hin. Das Bremer Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ lädt am Donnerstag, den 17. Dezember um 15.30 Uhr zu einer „Aktion Geldbeschaffung!“ ein.

Mit kollegialen Grüßen

Doris Hülsmeier  
Vorsitzende

## Anlage

## Annahme verweigert!

Sie entscheiden heute über den Haushalt für das kommende Jahr,  
sehr geehrte Abgeordnete,  
sehr geehrter Abgeordneter.

Die „Geschenke“ der Politik der letzten Jahr(zehnt)e geben wir Beschäftigte des bremischen öffentlichen Dienstes Ihnen hiermit zurück. Seit 1993 wurden ca. ein Viertel der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abgebaut. Die Aufgaben, die der öffentliche Dienst zu erledigen hat, sind in der gleichen Zeit vielfältiger, anspruchsvoller und komplexer geworden. Für die Beschäftigten führte das zu enormen Arbeitsverdichtungen und hohen Belastungen. Gleichzeitig nehmen Billig-(prekäre) Arbeitsverhältnisse auch im öffentlichen Dienst zu: Immer mehr Kolleginnen und Kollegen arbeiten in Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs, Zwangsteilzeit, mit untertariflicher Bezahlung oder Befristungen.



## Wir wollen gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger und für Bremen!

Dafür brauchen wir



**Gute öffentliche Dienstleistungen müssen ausreichend finanziert werden!**

**Zeigen Sie Flagge, liebe/r Abgeordnete/r!  
Machen Sie Schluss mit der Kürzungspolitik!**

